

Dienstag, den 23. Juni 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 143



für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Durch die Haupt-Expedition, Güterstraße 4/6, durch die Buchhandlung des „Volkswochsens“, Neue Gravenstraße 14/6, durch die Buchhandlung des „Volkswochsens“, Neue Gravenstraße 14/6, sowie durch alle Buchläden zu bezahlen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wären 10 Goldmark, monatlich 170 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Berlagerort und Hauptgeschäftsstelle Dresdner 2

Verlagsbuch- und Sammlungsanstalten Dresdner 2

Ferndruck-Ausflüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142

Postlese-Konto: Postlese-Konto Dresden Nr. 5552

**Einzelnepreis:** 10 Pf. ausserdem 17 Pf. Belege unter Tag, 20 Pf. Gedenkblätter 10 Pf. Sammlungsblätter, Stempelgutscheine, Vereins-, Versammlungs- und Feierungs-Anzeigen 7 Pf. Richte Anzeigen pro Wort 3 Pf. Bei den Seite Wörter 4 Pf. Anzeigen für die ganze Nummer müssen bis Sonnabend 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Güterstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Die Zollvorlage eingebracht!

Knappheit u. d. Teuerung trog Reformernte als voraussichtliche Folge.

Am Montag ist den Reichstagsabgeordneten die Zollvorlage der Reichsregierung zugestellt worden. Sie weist gegenüber der ersten Fassung nur geringe Unterschiede auf. Einige Sätze für die industriellen Zölle sind noch erhöht worden. Von Bedeutung ist die Streichung der Blechzölle, die in ihrer maßlosen Höhe ein Standart waren.

Die agrarische Presse vermutet, daß sich der Vorgang von Sonnabend, wo die Verabsiedlung der Zollvorlage wegen Unzulänglichkeit der Beiflüßigkeit des Hauses nicht auf die Montags-Lagesordnung des Reichstags gelegt werden konnte, wiederholen wird und redet leidenschaftlich auf die Abgeordneten der Regierungsparteien ein, immer zur Stelle zu sein.

Im übrigen weist die Rechtspresse auf die angebliche Notwendigkeit der Zollvorlage für die schwedenden handelspolitischen Verhandlungen hin. Dabei liegt sie voraus, daß die Zollvorlage mit den Agrarzöllen steht und fällt. Wir glauben, daß bis in die Kreise der Regierungsparteien hinein viele Reichstagsabgeordnete wesentlich anders denken und der Auffassung sind, daß die Zollvorlage ohne Getreidezölle für die schwedenden Handelsvertragsverhandlungen ein viel besseres Instrument sein wird als mit ihnen. Mindestens, wie sie jetzt für Getreide empfohlen werden, vermindern ja schon technisch die Verhandlungsmöglichkeiten.

Nach den Saatenstandsberichten werden die großen Agrargebiete im Uebersee im Erntes Jahr 1925 mit einem empfindlichen Defizit zu rechnen haben, während in Deutschland das Korn vielfach besser steht als 1913, das ein ungewöhnliches Rekordjahr war. Durch diese Entwicklung sind viele Kaufleute, die sonst einen mächtigen Agrarzoll empfohlen haben, zu dem Urteil gelangt, daß die kommende Ernte deutsche Getreidezölle durchaus überflüssig macht. Wenn man aber trotzdem den Getreidezoll einführt, schafft man eine ähnliche Lage wie im vorigen Jahre. Damals wurden die autonomen Zölle ebenfalls unter Berufung auf eine angebliche Ueberflutung Deutschlands mit ausländischem Brotgetreide begründet. Es ist aber keine Ueberflutung eingetreten, sondern teilweise ein fühlbarer Mangel, der die deutschen Preise um 50 bis 70 Prozent gestiegen hat. Damals entzog sich der Reichstag der Einführung der Getreidezölle und er hat gut getan. Prof. Harms-Kiel hat kürzlich festgestellt, daß die Einführung der Zölle auf Grund der Vorlage vom 10. Juni 1924, das Brotgetreide um gut 50 Mark pro Tonne verteuert hätte. Wir wären, wenn der Reichstag damals den Zollvorworschlag der Regierung geschlacht hätte, zu Getreidepreisen gekommen, die 200 und mehr Prozent über den Friedensstand und damit sehr weit über den Weltmarktpreisen gesunken wären. Der Reichstag hat das damals vermieden, indem er die Agrarzölle ablehnte. Wir würden infolge der mutmaßlichen Ernteverhältnisse mit Zöllen in Deutschland auch jetzt zu Getreidepreisen kommen, welche die deutsche Ernährungsdecke verknappen und zu sozialen Unruhen führen müssten.

Die Rechtspresse liebhängt vorläufig mit dem Gedanken, die Opposition der Sozialdemokratie gegenüber den Getreidezöllen durch Kompromisse innerhalb der Regierungsparteien niederringen zu können. Die Regierungsparteien sollen aber bedenken, daß es sich hier um eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen der Nation handelt. Sind die Verbraucher gewillt, die Frage ihrer Existenz, die Frage des Arbeitsmarktes und des Reallohnes zu Siedlungen unter den Regierungsparteien hinter verschlossenen Fraktionszimmertüren machen zu lassen? Das Ergebnis wäre dann vorausichtlich, daß „eine Ausgleich“ für die Getreidezölle auch einige andere wichtige Nahrungsmittel, an denen bürgerliche Besitzer beteiligt sind, Mindestzölle erhalten — auf Kosten der Verbraucher und der Produzenten der deutschen Arbeit! Der Ruf gegen den Käffchen muss

jetzt millionenfach Widerhall in den Kreisen der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, in der Gesamtverbrauchergesellschaft und in der mitbetroffenen Geschäftswelt finden. Ob es auch dann eine kleine Clique von agrarischen Drachzichern und schwerindustriellen Monopolisten wagt, gegen den Willen der Volksmehrheit anzutreten?

In der „Welt am Montag“ wird von gut informierter Seite darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen aus agitatorischen Gründen die größte Lust haben, vor den außenpolitischen Entscheidungen über Sicherheitspolitik und Bündnisvereintritt aus der Reichsregierung auszuscheiden, daß sie nur durch die Zollvorlage im Kabinett festgehalten werden. Die rasche Durchsetzung der Vorlage würde aber ejender dazu führen, daß die um Westarp und Riesa zuerst die Zölle einstreichen und sich dann vor der Verantwortung um die großen nationalen Fragen durch Regierungsausstritt drücken. Sollte das nicht auch für die Mittelparteien eine Warnung vor zuviel parlamentarischem Entgegenkommen an die deutsch-nationale Fraktion sein?

## Die Sehnsucht der Rechtsparteien nach der Macht in Preußen.

Im preußischen Landtag fanden am Montag Befragungen der drei Regierungsparteien mit der Deutschen Volkspartei über die u. E. überflüssige Frage der Regierungserweiterung statt. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Das Zentrum wird den anderen Parteien demnächst konkrete Vorstellungen unterbreiten. An die Verhandlungen knüpft die „Deutsche Zeitung“ die Hoffnung, daß sich innerhalb der Reihen der Deutschnationalen nicht zwei Verfolgsgruppen vereinigen werden, um eines Verteufeltes willen anzubeten, was sie bisher verbrannen. Offenbar hat das Blatt bisher noch gar nicht gemerkt, daß die Deutschnationalen in der Reichsregierung alles, aber auch alles anbeten, was sie bisher verbrannen, nur um an der Rutterkrippe zu bleiben. Das Zentrum wird sich also bald zwischen ihnen und uns auch in Preußen entscheiden müssen, da die Volkspartei offenbar nach der Beteiligung von Deutschnationalen drängt.

## Die Stimmung im Lande.

Verdopplung des sozialdemokratischen Mandate bei einer Gemeindewahl im Westen.

Halberstadt, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Thale (Harz) fand am Sonntag die Neuwahl der Stadtvertretung statt. Bei 18 Stimmen wurde nicht gefasst. Das Zentrum wird den anderen Parteien demnächst konkrete Vorstellungen unterbreiten. An die Verhandlungen knüpft die „Deutsche Zeitung“ die Hoffnung, daß sich innerhalb der Reihen der Deutschnationalen nicht zwei Verfolgsgruppen vereinigen werden, um eines Verteufeltes willen anzubeten, was sie bisher verbrannen. Offenbar hat das Blatt bisher noch gar nicht gemerkt, daß die Deutschnationalen in der Reichsregierung alles, aber auch alles anbeten, was sie bisher verbrannen, nur um an der Rutterkrippe zu bleiben. Das Zentrum wird sich also bald zwischen ihnen und uns auch in Preußen entscheiden müssen, da die Volkspartei offenbar nach der Beteiligung von Deutschnationalen drängt.

## Um die Vermeidung des deutsch-polnischen Zollkrieges.

Die Reichsregierung hat nach einer offiziellen Verabschiedung vom Sonntag ihre Bereitschaft erklärt, das Einheitskontingent ostoberschlesischer Kohle im Falle eines polnischen Einigungskommens in anderen Fragen auf 100 000 Tonnen monatlich zu erhöhen. Das bisherige Kontingent war im Genfer Vertrag etwa zehnmal so hoch festgelegt, aber nie ausgenutzt worden. Die polnischen Forderungen und die Wünsche der ostoberschlesischen Industrie gingen zunächst auf etwa 400 000 Tonnen monatlich, während die deutschen Grubenherren befürchtet gegen jedes Kontingent für das abgetrennte Gebiet agitieren.

Die zweite Serie der polnischen Zollerhöhungen ist zwar beschlossen worden, doch wird vor ihrem Inkrafttreten auf Grund der gestern gemeldeten Warschauer Beschlüsse erneut über den Abruch aller Kampfmachnahmen und eine allseitige Wirtschaftsverständigung zwischen den beiden Regierungen verhandelt. Von dem Ergebnis dieser Befreiung hängt für die offizielle Exportindustrie und ihre Arbeiterschaft ebenso wie für das ostoberschlesische Deutschland die Gestaltung der nächsten wirtschaftlichen Zukunft ab.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat durch eine Verordnung über die Regelung des Vertriebs im Saargebiet, die bereits in Kraft getreten ist, die Güter in das Saargebiet eingeschafft. In Zukunft bedarf es der Güter in das Saargebiet nicht mehr einer besonderen Genehmigung. Die Regierung bestimmt lediglich einen Tag oder einen Monat, in dem die Heimatbehörde ausgeschafften Betrieb auszuweisen. Sie müssen bis innerhalb drei Tagen nach der Ankunft im Saargebiet bei der jeweiligen Polizeibehörde melden. Die Ausstellungserlaubnis berechtigt zu einem Aufenthalt bis zu zwei Wochen. Wer länger aufzuhalten will, muß eine besondere Aufenthaltsverlängerung vorliegen lassen. Am 1. August soll der Regierungskommissar (Reichsbeamter) beantragen. Eine besondere Ausstellungserlaubnis wird jenseits bis zu drei Monaten erteilt.

## Die französischen Sozialisten und das Kabinett Painlevé.

Von Paul Faure,  
Mitglied der französischen Kammer (Paris).

Die sozialistische Kammerfraktion hält, sogenannte Tag und Nacht, eine Beratung über die andere ab, um ihre Haltung angesichts der derzeitigen Lage zu bestimmen. Im Laufe dieser Woche hat sie mehrfach sogar nachtsüber „getagt“, zusammen mit dem Zentralausschuß der Partei. Ich habe selbstverständlich nicht das Recht, an dieser Stelle im Namen unserer Parteileitung zu sprechen, solange sich dieselbe nicht öffentlich und endgültig geäußert hat, noch auch im Voraus in überreichten Behauptungen die wahrscheinliche Lösung anzugeben. Die politische Atmosphäre ist wieder einmal mit Elektrizität geladen, die Ereignisse können sich plötzlich überstürzen, und die Stellung der Parteien kann sich von einem Tag zum andern ändern. Doch sei es mir gestattet, im folgenden einige der Meinungen mitzuteilen, die ich mit mehreren Genossen vertreten habe und die wohl der allgemeinen Stimmung der Mehrheit entsprechen dürften:

Sobald wie möglich müssen wir erklären, daß unsere Partei das Kabinett Painlevé nicht mehr unterstützt, und zwar aus Gründen, die ich hier bereits aneinandergelegt habe, ganz besonders aber wegen des Marokkofriedens und wegen der Talaugaprojekte.

Hütet euch, haben wir einige Freunde eingemessen, der öffentlichen Meinung gegenüber, die der Karikaturpolitik sehr ergeben ist, die Verantwortung eines Bruches auf euch zu laden! Vergesst nicht, daß sich dann in diesem Wahlbündnis die Unabhängigerzahl der Sozialistischen Partei fast verdoppelt hat. Auf diesen Einwand ist zu antworten: zunächst einmal ist ein Wahlkartei etwas ganz anderes als die Befolgung einer gewissen Politik; sodann sind die stärksten unserer Ortsgruppen allein in den Wahlkampf gegangen und haben auch so ihre Befürde beträchtlich vermehrt; und obendrein hat sich die öffentliche Meinung nur deshalb der Linkspolitik so begeistert angeschlossen, weil sie ihr Vertrauen in die Tätigkeit der Sozialisten setzte. Uns ist es in der Tat zu verdanken, daß das Karikaturregime ernst genommen wurde, weil wir unaufhörlich über dessen Ausführung, über die Einhaltung aller Versprechen und aller Verpflichtungen wachten. Und sollte die Regierung oder ein Teil der Majorität dieses Programms treten werden, so müssen wir uns von ihr trennen und die Beurteilung dieses Schrittes können wir mit gutem Gewissen den demokratisch gesinnten Bevölkerung unseres Landes überlassen.

Man werfe doch nur die Schuld an diesem Bruch nicht auf uns. Wir sind unseren Verpflichtungen treu, und das Kabinett Painlevé ist es, das die Richtung der von uns eingenommenen Politik verläßt, jener Politik, die bei der Bildung des Kabinetts Herriot vereinbart worden war, und an der wir 10 Monate lang ehrlich mitgearbeitet haben.

Und selbst wenn wir zur Opposition übergehen, was dann? Das bedeutet noch viel weniger eine Veränderung unseres Einflusses weder im Parlament, noch im Lande. Im Gegenteil, diese Geduld und diese Aufrichtigkeit ist für uns das beste Mittel, die paar Arbeitervataillone, die noch immer mit den Kommunisten gehen, auf unsere Seite zu bringen, unter unseren Truppen die Begeisterung und das Vertrauen wach zu halten und auch dadurch neue Anhänger zu gewinnen.

Schließlich möchte ich noch bemerken, daß, selbst wenn unsere Haltung den Sturz des Kabinetts Painlevé herbeiführen sollte, das Unglück nicht so groß wäre. Ein Teil der Radikalen würde dann natürlich abschwenken, wie es heißt, und wir könnten so ein Konzentrationsministerium, das von einer sozialistischen Majorität geführt würde. Das ist nicht ausgeschlossen. Nur hängt eine solche Entwicklung der Länge nicht von uns ab. Doch würde das etwa das Ende unseres Einflusses bedeuten? Das kann doch wohl nicht im Ernst behauptet werden! Uns steht die Möglichkeit offen, die ihre Nerven und ihr Mut und ihren Begeisterung, die ihren Verpflichtungen und ihrem Programm treu bleibt, eine solche Partei verleiht nicht an allenfalls bloß beständig, weil an der Seite der Partei nicht halten. Ein beratiges Gemeinwohl kann in Wirklichkeit nur von den Parteien, die sie haben und ihre





Vom 14. bis 28. Juni

# Johannisfest

mit Hagenbecks Singhalesenschau  
Heute: Aero-akrobatische Künste im Freiballon von Elvira Wilson  
Handballspiele, Faustballspiele u. turnerische Vorführungen v. Leichtathletik-Verein

Dauernde Vorführung aller Sehenswürdigkeiten

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. — Dauerkarten bei Gebr. Barasch zu herabgesetzten Preisen! Erwachsene nur 1 Mk., Kinder nur 25 Pf. — Geschlossen eingeführte Schulen zahlen pro Kind 30 Pf. zum Eintritt für den Festplatz und zu Hagenbecks Völkerschau.

**Voranzeige Größter Elifetag!**  
Für Mittwoch: (Johannistag) Johannisfeuer \* Riesen-Prachtfeuerwerk \* Ballon-Aufstieg

Baugewerksbund.

Am 20. Juni starb plötzlich unser Mitglied, der  
Hilfsarbeiter

**Josef Thomale**

im Alter von 49 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten.  
**Die Mitglieder des Baugewerksbundes Breslau.**

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von

der Halle des Osswitzer Friedhofs, Tor 6, 9198

Vereinigte Theater

Breslau, 2240

Tel. Ring 6774 u. Ring 6700

**Loh-Theater.**

Mittag, Dienstag, 5 Uhr

**Stadt-Personen**

**und eines Paares**

von Luigi Pirandello.

Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr,

zu kleinen Preisen:

**Mimes von Bernice**

Leistung von Lessing.

**Theater.**

Mittag, Dienstag, 5 Uhr

**Die Söhne Jérôme**

dramatische Chronik

von Bertrand Shaw,

zu kleinen Preisen

(von 30 Pf. an, bis 2 Mk.)

**Schauspielhaus**

Operettentheater

Telefon Ring 2545

Mittag 8 Uhr:

**„Anneliese**

von Bessau“.

Samstag nachm. 3½ Uhr:

**Gretin Mariza“**

**Liebich-**

**Theater**

Die letzten Vorstellungen!

Verriegelungsschieber:

**Fuß oder Fuß**

mit

**Hartstein**

in seiner

**Der - Apfel - Käse.**

Samstag, 26. Juni!

Neukirch - Neum.

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**

**Varlett-Saison**

Montag, 28. Juni

**Neukirch - Neum.**

**Hartstein**

und

**Ende der**



# Arbeiter-Sport

Ausscheidungskämpfe der Wassersportler.

des mitteldeutschen Kreisverbands des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im Volksbad Obersdorf bei Jülich.

König von Bergen umgehen, liegt wohl die Kampftäte,

Provinz Sachsen, Thüringen und Schlesien am Sonntag, den 21. Juni, fanden, um hier diejenigen Wettkämpfer festzustellen, welche zu den Bundesmeisterschaften in Berlin zu entscheiden sind, damit die besten Arbeiter-Schwimmer bei der ersten

Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. die deutschen Farben vertreten.

Obersdorf, ein Industriedorf von 6000 Einwohnern,

kann fast auf sein Bad sein. Ein herrliches Strandbad mit idyllischer 100 Meterbahn und ausgedehnter Sprunganlage. Hier

arbeitet die Gemeinde für Erhaltung des einzigen bunt der

Arbeiterwoche, der Gesundheit. Sie steht Wohnungen und schafft

eine Statue, an der in Lust, Sonne und Wasser jeder von der

Logesarbeit Schulung findet. Schließlich entstand der Kreis-

Breslau, in welcher gleichzeitig die besten Schwimmer in den

einzelnen Lagen vertreten sind. Ferner die vorläufige mehrfache

Bundesmeisterin, Genossin Quittschalle, sowie die beiden besten

Springer des Kreises, die Genossen Siegfried-Görlitz und Hermann

Petersdorf, und Genossen Bürger-Leipniz, Sorska nach Einführung

der Mannschaft in Obersdorf Quartierverteilung, welche bei der

ausgesetzten Gastfreundschaft eine leicht zu lösende Aufgabe

war. Für eure Gastfreundschaft, Genossen, unteren herzlichen

Dank! — Sonntag, früh 10 Uhr, die guten Wettkämpfer. Kälte

und Regen sind nicht die Freunde des Schwimmers. Die Wasser-

temperatur (15°) beeinträchtigt sehr die Leistungen. Doch die

Witterung steht auch nicht einer Wettkämpfer vom Start fern.

Den Starter stellten sich außer 3 Meilen zum 100 Meter-Brun-

schwimmen. Schloss-Breslau siegte anfangs gut an, löst aber nach

dem ersten Kampf knapp für sich entscheiden. Um

100 Meter-Schwimmen führt Gaulde-Breslau vom Start ab,

um überlegen als Erster anzukommen. Einem großartigen Ein-

druß hinterließ das Turnpringen (10 Meter), welches von Ge-

nosse Lehmann-Leipniz und Genossin Bürger-Leipniz bestritten

wurde. Leider litt es etwas unter dem eingeschlagenen Wende-

schwimmen war. Gen-Leipniz nicht zu nehmen. Sieg-Görlitz hatte sich hier wichtig verewigt. Mit

starker Spannung wurde des 100 Meter-Schwimmen erwartet. Beim Startkommando verlagerte die Pistole, und erneut

musste abgesetzt werden. Kölner-Breslau gewinnt nach Kampf.

Es folgten zwei Leipzig (Kreis 4) gegen Döse (Kreis 2) 7:0.

Leipzig, von Anfang an im Vor teil, wird noch durch Ausheben

eines Spielers der Gegenmannschaft begünstigt. Das Spiel verlor

durch völlig an Interesse. Anfangs-Breslau nach diesem Spiel

Nach diesem Spiel traten Jena (Kreis 5) und Breslau

(Kreis 14) gegenüber. Das Spiel, unter Leitung von Burs-

Dresden, entwickelte sich flott, und es machte sich eine Über-

legenhheit Breslaus bemerkbar, welche durch ein Tor das Kaluza

siegt. Ausdruck fand. Mit 1:0 geht es in die Bälle an Jena. Tor

deselben gehen die Bälle an Jena's Tor dauernd knapp zu hoch

und daneben. Eine krasse Situation vor Breslau. Am Nachmittag hatte Petrus

Einfangen. Er verschonte die Schwimmer mit Niedrigem

Wasserstand. Es waren 1500 Personen waren erschienen, um Zeuge der inter-

essanten Wettkämpfe zu sein. Mit einem 100 Meter-Kreis-

schwimmen wurden die Nachmittagsstämme eröffnet. Vom Start

abführend, konnte Kaluza-Breslau mit 30 Meter-Vorprung auch

die nächsten 500 m halten. Wie zu erwarten, gelang es

Gen-Leipniz, das 100 Meter-Brunschwimmen für Frauen

zu einem Erfolg zu gestalten. Ein gut gewonnener Sieg der

Lauftaucher-Wasserfreunde, sowie ein anderer der Frauenschwimmen

des Dresdener Vereins und einer Panomime, sorgten für Ab-

wechslung und Humor beim Fest. Den interessantesten Kampf

des Tages lieferten Schloss-Breslau und Eintracht-Leipniz im

400 Meter-Schwimmen. Beide fuhren immerfort gleichzeitig,

nur selten eine Kleinigkeit voraus, konnte Schloss-Breslau nur

im Endspur mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Im Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpften hart miteinander; lieber dabei oft die

Regeln außer Acht, sodass der Schiedsrichter Ansgar-Breslau

oft eingreifen hatte. Das Resultat drückt das wirkliche Stärke-

verhältnis aus. — Breslau hat nur seine besten Schwimmer am

Endspiel mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Um Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpfen hart miteinander; lieber dabei oft die

Regeln außer Acht, sodass der Schiedsrichter Ansgar-Breslau

oft eingreifen hatte. Das Resultat drückt das wirkliche Stärke-

verhältnis aus. — Breslau hat nur seine besten Schwimmer am

Endspiel mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Um Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpfen hart miteinander; lieber dabei oft die

Regeln außer Acht, sodass der Schiedsrichter Ansgar-Breslau

oft eingreifen hatte. Das Resultat drückt das wirkliche Stärke-

verhältnis aus. — Breslau hat nur seine besten Schwimmer am

Endspiel mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Um Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpfen hart miteinander; lieber dabei oft die

Regeln außer Acht, sodass der Schiedsrichter Ansgar-Breslau

oft eingreifen hatte. Das Resultat drückt das wirkliche Stärke-

verhältnis aus. — Breslau hat nur seine besten Schwimmer am

Endspiel mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Um Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpfen hart miteinander; lieber dabei oft die

Regeln außer Acht, sodass der Schiedsrichter Ansgar-Breslau

oft eingreifen hatte. Das Resultat drückt das wirkliche Stärke-

verhältnis aus. — Breslau hat nur seine besten Schwimmer am

Endspiel mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Um Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpfen hart miteinander; lieber dabei oft die

Regeln außer Acht, sodass der Schiedsrichter Ansgar-Breslau

oft eingreifen hatte. Das Resultat drückt das wirkliche Stärke-

verhältnis aus. — Breslau hat nur seine besten Schwimmer am

Endspiel mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Um Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpfen hart miteinander; lieber dabei oft die

Regeln außer Acht, sodass der Schiedsrichter Ansgar-Breslau

oft eingreifen hatte. Das Resultat drückt das wirkliche Stärke-

verhältnis aus. — Breslau hat nur seine besten Schwimmer am

Endspiel mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Um Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpfen hart miteinander; lieber dabei oft die

Regeln außer Acht, sodass der Schiedsrichter Ansgar-Breslau

oft eingreifen hatte. Das Resultat drückt das wirkliche Stärke-

verhältnis aus. — Breslau hat nur seine besten Schwimmer am

Endspiel mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Um Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpfen hart miteinander; lieber dabei oft die

Regeln außer Acht, sodass der Schiedsrichter Ansgar-Breslau

oft eingreifen hatte. Das Resultat drückt das wirkliche Stärke-

verhältnis aus. — Breslau hat nur seine besten Schwimmer am

Endspiel mit Handstreich den spannenden Kampf beenden. —

Um Springen mußten unsere beiden tschechischen Vertreter die

Heberleistung der anderen anerkennen. Gelangt warteten die

Teufelsleiter auf das Endspiel um die Kreisverbandsmeisterschaft,

aus welchem Leipzig mit 2:0 als Sieger hervorging. Beide

Wettbewerbe lämpfen hart miteinander; lie

# Gewerkschaftsbewegung.

## Zum Kampf im Holzgewerbe.

Die Niederlage der Arbeitgeberverbände wird immer blamabler. — Die Delegation mit der Generalauskunftsrechte ein zimmerlicher Punkt. — Der Reichsarbeitsminister wird durch die Arbeitgeber um Vermittlung erachtet.

Die Arbeitgeber in der Holzindustrie sind am Ende ihres Ganges, nachdem ihr Aussperrungsbeschluss nur von einer Minderheit der Mitglieder befördert worden ist. Um die Niederlage nicht gar katastrophal werden zu lassen, haben sie an den Reichsarbeitsminister telegraphisch das dringende Erfuchen gerichtet, um verzögliche Einigungsvorhandlungen einzuleiten. Der Reichsarbeitsminister hat diesem Erfuchen stattgegeben und die Parteien für Mittwoch zu einer unverbindlichen Aussprache geladen.

Vor diesem Schritt des Zentralvorstandes der Arbeitgeber haben bereits verschiedene Bezirksorganisationen verucht, Einigungsvorhandlungen einzuleiten. In Dresden unternahm es der Schäfleiter vor sich aus, die Parteien einzuladen. Das wurde aber von den Unternehmen mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß sie sich bereits hilfsbereit an den Reichsarbeitsminister gewandt hätten.

In Frankenberg in Sachsen haben die Holzindustriellen die Aussperrung aufgehoben.

Es hat also alles nichts geschafft. Mit großem Tumult sind die Arbeitgeberverbände ins Feld gezogen. Sie sollten unbedingt eine Schlacht schlagen und halten ihre Truppen auf dem Papier ausgezeichnet am Schnürchen. Hilfstruppen für sie war neben sonstigen schändigen Mitteln die Lüge gegen den Deutschen Holzarbeiterverband. Mit ihr haben sie hauptsächlich operiert. Trotzdem: Wie sehen sie nun aus? Ihre eigenen Mitglieder kümmern sich nicht im geringsten um zentrale Anordnungen. Im Gedanken an den bedrohten Gesetzesfeind geht alle Disziplin in die Brüche. Sie kennen den Aussperrungsantrag nicht nach. Sie führen Sonderverhandlungen. Sie haben die bereits verhängten Aussperrungen auf. Das ist eine wahrhaft erhebende „Einfälle“ und sie steht vornehmlich den Arbeitgebern im Holzgewerbe gut zu Gesicht, deren Front nun auseinanderbricht. Es ist eben nicht so ganz einfach, mit Gewerken anzubinden, die man in Arbeitgeberzeitungen als „bedeutungslos“ und schwach bezeichnet. Am Ende steht es immer anders aus. Was auch die Arbeitgeber nun feststellen müssen.

## Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnverbandes.

### 1. Tag.

Köln, 22. Juni. (Funkbericht.) Am letzten Sonntag sind in Köln die Delegierten des Deutschen Eisenbahner-Verbandes zur 3. ordentlichen Verbands-Generalversammlung zusammengetreten. 2½ Jahre sind seit dem letzten Verbandstag vergangen. In dieser Zeit haben hohe Kämpfe und wichtige Entscheidungen für das Schicksal der Reichsbahn neue große Aufgaben für die Organisation gestellt. Das Massenstreik des Jahres 1919 und damit haben die Eisenbahner stärker getroffen als andere Arbeitersassen. Noch immer droht das Gespenst des Abbaues und bedroht die Existenz der Beamten und Arbeiter, die einstmal schwärmten, eine Lebensteilung gefunden zu haben. Zu diesen ungünstigen äußeren Verhältnissen kommen dann noch schwere innere Wirren, hervorgerufen durch die kommunistischen Drahtzieher, die sich der Hoffnung hingaben, in dieser Organisation mit ihrer Zersplitterungspolitik mehr Erfolge zu erzielen als in den übrigen freien Gewerkschaften. Die junge freigewerkschaftliche Organisation der deutschen Eisenbahner ist in diesen äußeren und inneren Wirren vollständig Herr geworden. Der Verband hat durch eine kluge entchiedene Lohnpolitik erreicht, daß die durch die Inflation zerstörte Lohnbasis wieder hergestellt wurde. Die Schaffung der kommunistischen Konkurrenzorganisation hat sich als ein Fehlschlag erwiesen. Der Deutsche Eisenbahner-Verband ist und bleibt die einzige große und starke Eisenbahner-Organisation. Der Weg des Verbandes führt zu neuem Aufstieg. In emiger Arbeit ist die Verschmelzung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner mit dem Deutschen Eisenbahner-Verband vorbereitet worden. Die Reichsgewerkschaft tagt in dieser Woche ebenfalls in Köln, um dieser Verschmelzung zuzustimmen. Es wird diese neue Einheit der Eisenbahner zu einer Macht werden, die kein Gegner unterdrücken kann.

Die geistige Gründungstagung im feierlich geschmückten Saal des Kölner Volkshauses wurde ausgefüllt mit Begrüßungsansprachen und mit der Konstituierung des Verbandstages. Die Tagung ist beschluß von 166 Delegierten und Beamtentretern der Organisation. Außerdem sind außergewöhnlich stark die ausländischen Bruderorganisationen vertreten. Nicht weniger als zwölf Länder, darunter Belgien, Dänemark, Holland, Frankreich, England, Österreich, Polen, Schweiz, Schweden und die Tschechoslowakei haben Vertreter entsandt. Außerdem sind die bestehenden deutschen Organisationen des ADGB, der Hauptbetriebs- und Beamtentrat Berlin und die Internationale Transportarbeiterföderation vertreten.

Die Tagung eröffnete der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Genosse Scheffel, der die Gäste und ausländischen Vertreter warm begrüßt. Scheffel erinnert daran, daß die Tagung aus ganz besonderen Gründen im befreiten Gebiet in Köln tagt. Köln sei das Zentrum des Kampfes gewesen, der mit so ungleichen Waffen ausgetragen worden sei, des Passionskampfes am Rhein und Ruhr. Nicht weniger als 26.000 Eisenbahner seien in diesem Kampf ausgewiesen worden. Viele brave Familienräte hätten wegen ihrer Tätigkeit ins Gefangenland wandern müssen. Über der Kampf sei ein Kühmesse statt in der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft geworden. Der armste Sohn sei wieder einmal der getreueste Sohn des Vaterlandes gewesen, während die bestensen Klassen sich ihren Helden mit noch nachträglich haben bezahlen lassen. Scheffel erinnert dann an die Toten der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren und weist darauf hin, daß neue Rüstungsschleifer die Böller zerstören, während die Produktion und der Absatz steigt. Gegen dieses System, gegen die Gefahr muß mit den internationalen Organisationen der Kampf bis zum äußersten geführt werden. Die Eisenbahn sei heute Reparationsobjekt geworden. Der Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen der Eisenbahner sei gleichzeitig ein Kampf gegen die Lasten des Deutschen Kämmens. Trotzdem sei auch die Eisenbahnerorganisation für das Londoner Abkommen eingetreten, weil die Abstimmung gleichbedeutend gewesen sei mit neuer Befreiung und neuerem Frieden im befreiten Gebiet. Was erstrebt werden müsse, sei eine gerechte Verteilung der Lasten. (Lebhafte Zustimmung.) In wenigen Tagen, so sagt Scheffel, wird hier in Köln durch Versammlung zweier großer Organisationen die Einheitsorganisation der Lohn- und Gehaltsempfänger der Reichsbahn geschaffen werden. Diese Verschmelzung ist für die Arbeiter und Beamten der Reichsbahn geradezu eine Leidenschaft geworden. Beamte und Arbeitnehmer haben gleiche Interessen, darum sollte eine einheitliche Organisation kommen. (Lebhafte Zustimmung.) Nach den Verhandlungen des Verbandstages von dieser Arbeitstagung werden, dann wird die Tagung den Büchsen und Schildern der Eisenbahner empfohlen. Nachdem noch eine Reihe in- und ausländischer Gäste die Gruppe ihrer Organisation überreicht hatte, wurde die Konstituierung des Verbandes genehmigt.

### 2. Tag.

Köln, 22. Juni. (Eig. Drucks.) Am zweiten Verhandlungstage werden zunächst die einzelnen Kommissionen gewählt. Dann nimmt der Vorsitzende des Verbandes, Genosse Scheffel, das Wort zum Bericht der Hauptverwaltung. Einleitend erinnert Scheffel an die vergangene Krise, die Inflation und den Rhein- und Ruhrkampf. Er weist darauf hin, daß die Organisationen vom Abwehrkampf an der Ruhr betroffenen Eisenbahner nicht nur ideell, sondern auch materiell unterstützte habe. Trotzdem sind gegen den Verband Anklagen und Beschuldigungen erhoben worden. Über diejenigen, die anklagten, haben damals die Regierung Cuno in den Sattel gehoben. Diese Organisation, besonders die im befreiten Gebiet, hat durch den Ruhrkampf schwer gelitten. Den ausländischen Arbeitersorganisationen, die damals den deutschen Eisenbahner finanzielle und moralische Unterstützung angegedeihen ließen, spricht Scheffel den Dank der deutschen Eisenbahner aus und verspricht ihnen volle Solidarität für alle Kämpfe, die sie vielleicht in Zukunft führen möchten. Zur Beratung seiner weiteren Ausführungen gibt Scheffel einen Rückblick über die Lohnbewegungen der deutschen Arbeiterschaft in den Jahren 1923 und 1924. Die Gehaltspolitik, die die damalige Regierung der Eisenbahner gegenüberführte, entsprach durchaus nicht den Anforderungen des Wirtschaftsministers an den Arbeiter und Beamten. Scheffel nimmt dann die Gewerkschaften gegen verschiedene Anklagen, als ob sie in der damaligen Zeit ihren Mann nicht getan hätten, in Schutz. Zu der Frage der Bahnstrecke und des Reichsindex bemerkt der Redner, daß die Organisationen alles geben haben, um etwas Erfreiliches für die Kollegen herauszubringen, aber bei dem damaligen Währungskurs wurde ein scheinbarer Erfolg rasch wieder überholzt. Die Kollegen im Lande ergriffen die Verzweiflung, und mancher habe damals dem Verband in diesem Grossen Rüken gewandt. 1924 kamen endlich die Goldschuhe. Die allgemeine Erwartung ging auf Friedenslösungen. Diese waren aber nicht zu erreichen, selbst wenn die Gewerkschaften stärker gewesen wären. Bedauerlicherweise seien damals Forderungen erhoben worden, die einfach nicht zu erfüllen waren. Wenn die Kollegen die wirtschaftlichen Zukünfte hängen belastet hätten, würden sie joldre utopischen Forderungen niemals gestellt haben. Das Grundprinzip der freien Gewerkschaften sei die Einkommung nach den Leistungen im Betrieb. Deswegen müsse der Abbau des Soziallohnes verlangt werden. Dabei seien auch die Dienstalterregulierungen einzubeziehen, die durchaus keine Erhöhung des Einkommens bedeuten, sondern lediglich geeignet seien, das allgemeine Lohnniveau herabzudrücken und der Reichsbahnverwaltung eine gute Handhabe für den Abbau zu geben.

Der Rückgang in der Mitgliederzahl der Organisation, sagt Scheffel, ist hauptsächlich auf den starken Abbau des Personals zurückzuführen. Im Jahre 1913 waren bei der Reichsbahn 741.000 Bedienstete beschäftigt. 1919 waren es 11 Millionen, im Jahre 1923 dagegen 928.000 und im Frühjahr 1925 endlich nur noch 749.000. Man habe dem ADGB zwingen wollen, die Kollegen vor dem Abbau zu schützen. Dieses Verlangen sei aber unnötig gewesen; denn keine gewerkschaftliche Organisation könne den Unternehmensingenieur, sein Personal im Dienste zu behalten, wenn er keinen Geschäftsbetrieb eingeschränkt wolle. Zu kritisieren sei allerdings, daß die Reichsbahn die oberen Beamten, die Verwaltungsjuristen und zum Teil verächtliche Offiziere seien, nicht abbauen, während sie nach unten brutal vorgehe. Es sei selbstverständlich, daß ein solches Verhalten bei den Arbeitern helle Empörung hervorruft habe.

Dann weist Scheffel darauf hin, man habe dem ADGB, den Vorwurf gemacht, daß er sich nicht für die Erhaltung des Achtkunderttagess eingesetzt habe. Hierbei müsse aber berücksichtigt werden, daß damals alle Arbeitnehmerorganisationen krisenhaft standen. Wäre damals eine große und einzige Organisation der Eisenbahner vorhanden gewesen, dann hätte sie sich den Achtkunderttag nicht entwinden lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß der Achtkunderttag auch ohne Gesetz durchzuführen sei, beweise in England, wo der Achtkunderttag praktisch bestehen, aber gesetzlich noch nicht festgelegt sei. Der letzte Streik der Eisenbahner sei ein Erfolg der Organisation gewesen. Als jedoch der Schiedsentschluß gefallen war, hätte der Streik nicht mehr weitergeführt werden können. Die Organisation habe in dem Streik ihre Pflicht im vollen Maße getan und unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr herausholen können. — Schafk kritisiert Scheffel unter lebhaftem Beifall das Verhalten des kommunistischen freien Eisenbahnerverbandes, der sich nicht gekürt habe, mit den schwärmenden Mitteln die Organisation zu verleumden. Das Verhalten dieses Verbandes habe sich jedoch bitter gerächt. Heute sei er nur noch ein kleiner häuschen. Zur Tarifpolitik der Reichsbahn sagt Scheffel, daß augenblicklich Gütertarife existieren, die teilweise unter denen der Friedenszeit ständen und zum Teil nur Friedenshöhe hätten. Man habe die Auffassung, daß die Herren im Verwaltungsrat der Reichsbahn systematisch darauf hinarbeiteten, die Eisenbahn zu ruinieren, um sie nachher umso leichter in ihre Hände bringen zu können. (Lebhafte Zustimmung.) Scheffel kritisiert weiter die Gewerkschaftssplitterung, die sich auch bei den Eisenbahner zum Nachteil der Kollektivität bemerkbar gemacht habe. Er preist demgegenüber die Vereinigung, die in Köln in den nächsten Tagen zwischen dem ADGB und der Reichsgewerkschaft vollzogen werde, als einen organisatorischen Fortschritt, der der freien Eisenbahnerbewegung zugute kommen werde.

Für die französischen Eisenbahner überbringt dann von lebhaftem Beifall begrüßt, Genosse Bidegaray die Grüße seiner Organisation und wünscht den Verhandlungen der deutschen Bruderorganisation den besten Erfolg. Unter lebhaftem Beifall des Verbandstages weist der Franzose darauf hin, daß die Schwierigkeiten für die Arbeiterschaft nicht immer nur beim Kapitalismus liegen, sondern daß sie auch oft genug aus der Arbeiterschaft selbst kommen. In Frankreich habe man heute die Gewerkschaftssplitterung im großen und ganzen überwunden. Hoffentlich kommt auch bald die deutsche Arbeiterschaft diesem Ziele näher.

Dann folgen die Berichte des Hauptkassiers Draeger-Berlin, des Bericht der Revisions- und Gehaltsverdienstkommission, der von Eber-Kassel erstattet wird, und der Bericht der Redaktion des Verbandsorgans, den Redakteur Dittmann-Berlin gibt. Am Dienstag früh wird der Verbandstag in die Debatte über die Berichte eintreten.

### 15. Verbandstag der Fleißegehälften.

Die Verhandlungen im Friedrich-Ebert-Haus (Schloß Tannen) wurden am Sonntag, den 14. Juni, abends Uhr eröffnet. Der Verbandsvorsitzende, Lorenz-Berlin, gedachte des ersten Reichspräsidenten Ebert und begrüßte zuerst den Delegierten die Vertreter des dänischen Bruderverbandes H. M. Christensen-Kopenhagen, des österreichischen Bruderverbandes A. Weißbrich-Wien, und den Vertreter des ADGB, Genosse Umberto-Berlin. Das Bureau bildet Werte und Lorenz-Berlin und Chlorn als Schriftführer. Nach Erledigung der notwendigen Formalitäten wurde die Sitzung auf Montag verlängert. Am Montag erschienen der Verbandsvorsitzende, der Kassier und der Redakteur des Verbandsausschusses des Geschäftsbereichs. In einer mündlichen Begründung des Berichtes erläuterte der Vorsitzende insbesondere die Fragen der Sonntagsruhe und des Betriebswurzelns. Die Delegierten lösten Sturm gegen die Lehrzeitordnung, weil sie die frühere Lehrzeitordnung wieder herstellen möchten. Der Großteil der angeblichen Lehrzeitordnung ist, gestoßen herauß, in Preußen neben 4152 männlichen und 1158 weiblichen Schülern, 221 männlichen und 603 weiblichen Lehrlingen bestanden. In den übrigen Freistaaten 2006 männlichen und 1169 weiblichen Schülern, daneben 790 männlichen und 360 weiblichen Lehrlingen. Da darüber offen in Bremen, war bis einschließlich Februar kaum geschlossen worden, und 100 Schüler und 15 Lehrer, unter 100 Lehrerinnen 987 Lehrerinnen. In der Abrechnung des Geschäftsbereichs wird insbesondere die Notwendigkeit der Tätigkeit und die Mittel und Wege zur Heranziehung der Untergewerkschaften erörtert. Eine große Erörterung, die von den Delegierten gefordert wird, mögliche Verhandlungen mit dem Reichsminister für Arbeit und Sozialordnung. Der Vorsitzende wird im nächsten Sonntag, den 15. Juni, eine Sitzung einberufen, um zunächst den 3. Schlußbericht und weitere Berichtigungen zu präsentieren.

Artikel erscheinen zu lassen. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde gebilligt und eine Reihe von Wünschen gestellt gemacht. Ferner eine Reichswerbewoche zu veranstalten und dabei einen Referentenaustausch zwischen den einzelnen Verbandsgebieten vorzunehmen. Der dritte Verhandlungstag galt der Erörterung der Arbeitszeitverordnung.

Über den Leipziger Gewerkschaftstag, wie über den vorliegenden Bremer Gewerkschaftstag, berichtet der Verbandsvorsitzende Lorenz, der mit zusammen mit der Frage der Organisationsform befaßt. Für den Arbeitnehmerverband des Fleißegehälften und Haushaltswesens sei die Frage des Anschlusses an eine Industrieorganisation noch nicht aktuell. In der Diskussion wies Eckern darauf hin, daß im Laufe der nächsten Jahre auch an den Fleißegehälften-Verband als einer der letzten kleinen Berufsorganisationen die Notwendigkeit der Zusammenlegung herantrete. Es bleibt abzuwarten, in welcher Weise sich die weitere Gruppierung der Industrieorganisationen vollzieht. Die weitere Konzentration könnte sich nicht willkürlich vollziehen, sie müsse sich vielmehr nach bestimmten Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeitsrichten. Es folgt dann die Erledigung der Satzungsänderungen, die in der Hauptaufgabe nach den Vorschlägen der Vorberatungskommission erfolgt. Erwähnenswert ist der Beschluß, daß die angestellten Belegschaften auf den Verbandstagen, die fortan alle drei Jahre abgehalten werden sollen, mit beratender und beschließender Stimme abstimmen können. Für die Verbandsangehörigen werden neue Richtlinien beschlossen und dabei beschlossen, die Beiträge für die Unterstützungsvereinigung aus der Hauptlaste voll zu zahlen.

### Krupp hant weiter ab.

Wie von der Firma Krupp mitgeteilt wird, beschäftigt diese, nachdem sie bereits vor einiger Zeit zwei Maschinenbauwerstätten, den Leder- und Signalbau, wegen ihrer Unrentabilität stillgelegt, weiter zwei Kleindau- und eine der vier Fleißbahnwerstätten zu schließen. Die allgemeine Absatzkrise und die schlechten Verkaufspreise, sowie die auf die Lohnsteigerungen im Baugewerbe sich stützenden Forderungen der Metallarbeiter dürften zur Beschleunigung dieser weiteren Abbauabschläge beigetragen haben.

Doch bei der Begründung zur Stilllegung dieser Betriebe die hohen Löhne oder hohen Lohnforderungen nicht schließen dürfen, ist selbstverständlich. Zwar glauben die Betriebsleitungen selbst nicht daran, aber die Gegebenheiten des Unternehmens, alles für die Wirtschaft und den Profit Rücksichtige mit hohen Löhnen zu erklären, läßt bei ihnen schon so fest, daß sie davon abzugehen fast nicht mehr imstande sind.

### Der Arbeitsmarkt Schlesiens.

Die Zahl der Arbeitssuchenden ging in der Berichtswoche in der Provinz Niederschlesien von 22.978 auf 22.807, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von 11.243 auf 10.246 zurück.

In der Landwirtschaft bestand die große Nachfrage unvermindert fort. Namentlich jüngere ledige Kräfte blieben stark gefragt und konnten in ausreichendem Maße nicht gestellt werden. Zum Rübenhafen wurden eine Anzahl städtischer Arbeiter vermittelt.

Im Bergbau bestand Nachfrage nach gelernten Arbeitskräften in Waldeberg und in der Lausitz. Auch in dieser Woche konnten eine Anzahl Bergarbeiter aus Oberschlesien in die Oberlausitz vermittelt werden. Die niederschlesischen Hüttenwerke und Modellschläfen, sowie die Bergwerke, sowie die auf die Lohnsteigerungen im Baugewerbe sich stützenden Forderungen der Metallarbeiter verhinderten die Beschleunigung dieser weiteren Abbauabschläge.

In den Fabrikbezirken der Steine und Erdöle zeigten sie, die Gegebenheiten weiterhin aufnahmefähig. Auch in den Steinbrüchen des Striegauer und Griesauer Bezirks wird voll gearbeitet. In den Fabrikbezirken der Steine und Erdöle zeigten sie, die Gegebenheiten weiterhin aufnahmefähig. Auch in den Steinbrüchen des Striegauer und Griesauer Bezirks wird voll gearbeitet.

In der Metallindustrie ist die Lage in Neusalz beständig, in Breslau noch immer schwankend. In Waldeberg bestand Nachfrage nach Eisenbahnern, in Görlitz nach Schmieden, Eisenhämtern und Eisenformern. Im Rothenburger Bezirk wurden Schwarzblechschlosser verlangt.

Im Spinnstoffgewerbe ist in der Berichtswoche die Lage unverändert. Ein Rückgang wird aus Grünberg berichtet. Auch in Sandeshut sind die dortigen Webereien teilweise zu Arbeitszeitverkürzungen übergegangen. Dagegen bestand Nachfrage nach jüngeren weiblichen Arbeitskräften in Waldeberg. Auch in Görlitz konnten einzelne Spezialarbeiterinnen untergebracht werden.

In der Papierverarbeitenden Industrie bestand in Breslau die Nachfrage nach tüchtigen Kartonagenarbeiterinnen fort.

Im Holz- und Schießstoffgewerbe stieg in Breslau die Zahl der Arbeitssuchenden. Im Rothenburger Bezirk bestand Nachfrage nach Tischlern, Stellmätern und Ladierern. Im Habelschwerder Bezirk stellte eine Holzwarenfabrik wiederum eine größere Anzahl Arbeitskräfte ein.

Im Fahrzeuggewerbe und Genussmittelgewerbe wurden in Breslau Entlassungen bei einer Zuckerraffinerie beobachtet.

Im Bekleidungsgewerbe stieg die Zahl der Arbeitssuchenden, namentlich in der Damenkostüm; hier waren es vornehmlich Näherinnen, die zur Entlassung kamen. In Waldeburg forderte eine Schuhwarenfabrik gelernte Arbeitskräfte an.

Im Baugewerbe bestand namentlich in dem westlichen Teil der Provinz Niederschlesien stärkere Nachfrage nach Maurern und Malern (Hirschberg, Görlitz). Im allgemeinen konnte jedoch durch zwischenörtliche Ausgleichsverkehre mit Überschichten der Nachfrage entsprochen werden. Zimmerer sind vereinzelt noch arbeitslos; ebenso Töpfer und Ofenbauer.

Berufsfälligengewerbe fanden in Breslau weiterhin Entlassungen statt.

In der Gast- und Schankwirtschaft bestand namentlich in Gebirgsorten rege Nachfrage nach Küchenpersonal, Haus- und Küchenmädchen.

Für ungelehrte Arbeitskräfte boten sich Beschäftigungsmöglichkeiten bei Tiefbauarbeiten usw. In ländlichen Bezirken konnten eine Anzahl ungelernter Erwerbstreiber untergebracht werden.

In Oberschlesien zeigte in dieser Berichtswoche die Arbeitsmarktlage eine weitere Besserung. Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger ist weiter zurückgegangen, während die Zahl der gemeldeten offenen Stellen gestiegen ist.

In der Landwirtschaft hielt die starke Nachfrage nach ledigem Personal, namentlich nach jüngeren weiblichen Kräften an.

Der oberschlesische Bergbau war nicht aufnahmefähig. Dagegen konnten von Seiten des Arbeitsnachweises Gleiwitz 43 und vom Arbeitsnachweis Neisse-Stadt 23 Bergarbeiter nach Döllnitz im Erzgebirge vermittelt werden.

In der Metallindustrie bestand Nachfrage nach guten Klempnern, Schlossern und Elektrikern.

Im Holz- und Bekleidungsgewerbe ist des Beschäftigungsangebotes gut. Die Möbelarbeiter und Tischler in Ziegelsdorf sind wieder voll in Betrieb und haben die ausgesperrten Arbeiter wieder eingefüllt.

Im Bürgerg

## Wirtschaft.

### Der Eisenpakt abgeschlossen.

Um Dampf privater Verhandlungen haben die deutsche, die belgische und die französische Schwerindustrie ein Abkommen getroffen, das einem eisernen Halsband für die Wirtschaft dieser drei Länder gleichkommt, wenn es nicht gelingt, eine regelnde und kontrollierende überstaatliche Instanz zu schaffen. Wir haben vor einigen Tagen auf die schwedenden Verhandlungen der Schwerindustriellen untereinander hingewiesen und auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die der Arbeiterschaft aus der unbedeutenden Herrschaft einer Internationale der Schwerindustrie erwachsen müssen. Inzwischen sind die Verhandlungen einen entscheidenden Schritt weitergekommen. Der "Vorwärts" berichtet darüber:

In Luxemburg sind Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen, saarländischen, luxemburgischen und französischen Eisenindustriellen mit einem Kompromiss abgeschlossen worden, das die Grundlage für eine internationale Zusammenfassung der Eisenindustrie darstellt. In den Verhandlungen nahmen von deutscher Seite teil: Schatzmeister Körner, der Führer des bekannten schwerindustriellen Konzerns, Direktor Voensgen von der Montagruppe, zugleich Vorsteher der deutschen Rohstoffgemeinschaft, und Direktor Brühn von Krupp. Die Einzelheiten des Kompromisses sind folgende:

Deutschland gewährt den genannten Ländern die Einführung von 1,7 Millionen Tonnen Eisen, und zwar insbesondere von Halbzeug- und Fertigfabrikaten, zum halben Zolltarif. Löhrenberg ist an diesem Kontingent mit 800 000 Tonnen, das Saargebiet mit 300 000 Tonnen und Luxemburg mit 300 000 Tonnen beteiligt. Heraussetzung für das Zulässtzen des Wettbewerbs darf mit Abdruck eines deutsch-französischen Handelsvertrages erfolgen. Es ist jerner vorgesehen, daß die Belieferung der Süddeutschen mit Eisen aus dem Saarland zu einem Preis erfolgt, der die Weltmarktpreise nicht übertrifft. Die Bewirtschaftung des zu ermächtigten Zölles eingegangenen Eisens erfolgt, genau wie diejenigen des in Deutschland hergestellten, durch das deutsche Statthalter, die Rohstoffgemeinschaft. Diese kann dafür sorgen, daß das billige Eisen nur ganz bestimmten Gruppen von Verarbeitern zugelassen wird. Damit behält die deutsche Schwerindustrie die Möglichkeit, für alle übrigen Verarbeitungsgruppen den Eisenpreis um den Zollbeitrag über den Weltmarktpreis zu halten, soweit dem nicht durch Ausfuhrverbürgungen Schranken gelegt sind. Letzteres ist nur bei einem ganz kleinen Teile der deutschen Verarbeitungsindustrie, und zwar dann auch nur bei der Fabrikation für den Export der Fall.

Die Einigung der beteiligten Industriegruppen über die Einschaltung ist tatsächlich die Grundlage der Errichtung innerhalb der internationalen Eisenindustrie, die nach den Parteiverhandlungen der letzten Zeit immer mehr in die Höhe rückt. Kein politisch ist sie unter diesem Gesichtspunkt zu bewerten. Denn es erfordert auch vom Standpunkt der Arbeiterschaft zu begreifen, daß durch diese wirtschaftlichen Verhandlungen die Kapitalistische der überproduzierenden Länder und der hinter ihnen stehenden wichtigen Wirtschaftsgruppen, die bisher die stärkste Quelle der europäischen Zweistadt war, gemildert wird. Auf die Bezieher der deutschen Eisenindustrie aber, deren Auftraggeber die nationalsozialistische Preise und ihre Preis gegen eine Wettbewerbshandlung bezahlen, wird es ein tristes Licht, daß sie aus nacktem Profitinteresse den internationalen Zusammenschluß befürworten und am Verhandlungstisch mit den Kapitalgruppen des Auslandes sogar den verächtlichen "Schlag der nationalen Arbeit" bejubeln sollen.

Als elementarer Punkt bringt eben die wirtschaftliche Einigung nach dem Kriege auf die Befreiung der durch die Wirtschaft des Verkäufers erfassten wirtschaftlichen Strukturen; die Verhandlungen, die während der Inflation und während der Nachkriegszeit nicht vorwärts kommen konnten, sind jetzt nach der Einführung des Dawes-Plans ein gutes Stück weiter gesunken und haben zu positiven Ergebnissen geführt. Der Gedanke der europäischen Wirtschafts- und Schicksalsgemeinschaft marxiert.

Die Form aber, die er zunächst angenommen hat, muß bei der Arbeiterschaft der ganzen Welt die schwersten Bedenken erwecken. Es ist kapitalistischer Zusammenhalt, der hier vollzogen wird und dessen Ziel es ist, den inlandischen Eisenmarkt ganz und gar der Kontrolle einer kleinen industrielle Gruppe zu überlassen. Die Allgemeinheit hat aber ein Recht, daß die Versorgung der großen metallverarbeitenden Industrie Deutschlands in einer Weise erfolgt, die den Exportindustrie die Möglichkeit einer Ausfuhr, der das Land erzeugenden Industrie eine dem Weltbedürfnis entgegenkommende Preisstellung, der Arbeiterschaft des gesamten Metallgewerbes eine ausreichende Beschäftigung offen läßt. Die Gefahren bedrohen dabei nicht nur für die deutsche, sondern auch für die ausländische Arbeiterschaft. Somit Deutschland in Betracht kommt, ist es Aufgabe der Regierung, die gemeinschaftlichen Interessen zu wahren. Es geht nicht an, daß man den inlandischen Warenmarkt ausschließlich dem Distrikt einer einzigen und durch ihre Rüstungsindustrie bestimmten Gruppe von Interessenten überläßt. Hier muß die Zoll- und Kartellschaffung endlich die notwendigen Sicherheiten schaffen. Es ist aber auch nicht denkbar, daß eine Gemeinschaft internationaler Kapitalisten nur aus ihrem Profitsstreben heraus die Rohstoffversorgung wichtiger Gebiete der gesamten internationalen Wirt-

shaft regelt. Zum internationalen Rohstoffkartell gehört, wenn es nicht die Arbeiterinnen und Verbraucher der beteiligten Länder bringen soll, das internationale Kartellamt. Die breiten Massen der Arbeiterschaft werden ihre ganze Kraft dafür einwenden haben, daß ein einseitiges Preisdictat der kostspieligen internationalen Schwerindustrie verhindert wird.

Wie wir überdies hören, haben die Gewerkschaften der beteiligten Länder in der nächsten Zeit Verhandlungen über die aus der Bildung des internationalen Eisenkartells sich ergebende Lage vorgesehen.

### Die wandelnde Wirtschaft.

Ges., 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie "Travail" aus sicherer Quelle erfährt, sind in der letzten Woche von italienischer Seite bei dem Schweizer Bankkartell Schritte unternommen worden, um eine 400 Millionen-Franken-Anleihe auszunehmen, die als Stützungssatz für die Wirtschaft dienen sollen. Die Schweizer Banken haben jedoch wegen ungünstiger Garantien und unter Hinweis auf die unsichere Lage in Italien eine ablehnende Antwort erteilt.

### Breslau (Land)-Neumarkt.

Neumarkt. Aus der letzten Schöffengerichtssitzung. Da der Bischauermann F. Th. aus Deutsch-Wissa, angeklagt wegen Körperverletzung und Vergewaltigung § 40 des Bischauengesetzes, zum Tode nicht erlaubten, erfolgte Verurteilung und wurde abgeschlossen. Die Angeklagten zum nächsten Termin versammelt. — Zu 6 Monaten Gefängnis wurde der früher in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter O. H. wegen schweren Diebstahls verurteilt. — Wegen des gleichen Vergehens erhielt der Arbeiter A. T. 2 Monate, 2 Wochen Gefängnis. — Schwidig wegen schweren Diebstahls und Schleierhader sich zu verteidigen: 1. Schmiedegeselle A. M. aus Kuhern, 2. Schmiedegeselle A. Sch., 3. Acerfischer A. Sch. und Zimmermann G. S., alle drei aus Krabbeimis. M. erhielt 3 Monate 1 Woche Gefängnis, A. Sch. 3 Monate Gefängnis, A. Sch. 1 Woche Gefängnis, S. 3 Monate Gefängnis. Zum Teil wurde den Angeklagten Bewährungsstrafe bei Zahlung einer Geldbuße, eingesetzt. — Pariser, Jungen- und Reichsbankenzielderbücher sowie Anschlagsarten von Friedrich Ebert sind nur noch eine beschränkte Anzahl im Konsum erhältlich.

Neumarkt. GED. Zu einer wichtigen Besprechung am Freitag, den 26. Juni, abends 9 Uhr, kleines Zimmer "Zum Goldenen Löwen" mitten häusliche Vorstandsmitglieder, Stadtverordnete und Regierungsmitglieder erscheinen.

### Aus Schlesien.

#### Der Besitz des Hirschberger Landbundes beim Münchener Kartoffelgeschäft.

Am Freitag nachmittag wurde im Hotel "Kynast" die Generalversammlung des Landbund-Kartoffelgeschäft abgehalten. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1924 lag gedruckt vor. In diesem heißt es unter anderem:

Das Wirtschaftsjahr 1924 stand, wie allgemein bekannt, unter seinem glänzenden Stern. Wie eine so große Anzahl gewölkter Betrieb möglich wurde, so war auch für unsere Gesellschaft eine erfolgreiche geschäftliche Tätigkeit eigentlich nicht möglich. Auch handen der hohe Zinndienst und der große Spezialsparat nicht im richtigen Verhältnisse zu unserem Umkreise. Erhebliche Verluste lonten daher (?) nicht auszuleben.

Weiter wird dann erzählt, daß die Viehhaltung mit Verlust abgeschlossen hat und daher aufgelöst worden ist. Auch die Viehmarktentwicklung hat mit Verlust gearbeitet und wird daher abgesetzt. Die Zweigniederlassung Bunaia hat unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen besonders nach dem Bekanntwerden des Münchener Kartoffelgeschäfts sehr zu leiden. Eine weitere Zweigniederlassung wurde im Sommer 1924 in Striegau gegründet. Sie hat die geplanten Erwartungen in keiner Weise erfüllt, mit Verlust gearbeitet und ist wieder aufgelöst worden.

Über das vierzehnte Münchener Kartoffelgeschäft sagt der Bericht: Bei dem Gehalt beträgt der Wert der eingelaufenen Kartoffeln reichlich 520 000 Mark, der Verlust reichlich 260 000 Mark. Der Abnehmer konnte beim Eingang der ersten Dokumente, als ihm einige hundert Waggons innerhalb weniger Tage an ihren Bestimmungsorten antreffen, nicht zahlen, obwohl die Bedingung: Kauf gegen Duplikat, vertraglich festgelegt worden war. Die Vermietung der Ware ist dann durch eine Kommission der Lieferanten gemeinschaftlich mit unbekannter Fortsetzung erfolgt. Wir haben in späteren Verhandlungen mit den Lieferanten einigermaßen glimpfliche Abmachungen, die den Verlust zu einige 10 000 Mark verringert haben. Der Aufzehrungszeitraum ist derzeit dem Abschluß des unverbindlichsten großen Beträges auch bestätigt worden, was bei dem Anstellungsvertrag des Vorstandes, des Herrn A. Rödianski, wegen Fortsatzes wichtiger Gründe ohne Einholung einer Rückzugsschrift am 10. November 1924 gekündigt.

In der vorgelegten Bilanz sind die Grundstücke wieder mit 472 624 Mark wie in der Umlaufungsbilanz eingestellt, ein Betrag, der in der außerordentlichen Generalversammlung am 14. März von mehreren Seiten als viel zu hoch bezeichnet wurde. (1) Sehr hoch ist das Unlohn-Konto, das nicht weniger als 255 104 Mark beträgt. Der Verlust beträgt 239 428 Mark.

Die Generalversammlung am Freitag neigte zur Annahme, daß es vielleicht möglich sein wird, die Wirtschaft die seit einiger Zeit unter Geschäftsausfall steht aufrecht zu erhalten. Allerdings ist der größte Teil der Einlagen verloren. Die Mitglieder der Wirtschaftsgenossenschaft des Landbundes, die die Beteiligung in der Handbund-A.G. war, sind zur Deckung des Verlustes herangezogen worden und haben eine neue Umlaufung entrichten müssen.

Die Bilanz für 1924 wurde zur Kenntnis genommen, den 1924 amtierenden Vorstand und Aussichtsrat,

Gibt es ein katastrophales Eingeständnis der finnischen Provinz getriebene Geschäftsergebnis des Landbundes als die nächsten Angaben des Geschäftsberichts der sicher noch manches rechtfertigt? Nicht nur das reiche Kartoffelgeschäft ging unter, alles arbeitet mit großen Verlusten. Außerdem klärt der Geschäftsbericht einige dunkle Punkte auf, denen Klärung jedoch von den adligen Aussichtsräten um ihres vor die Tür gesetzten adligen Vorstandes nicht gerade gewünscht wird. Wie mancher kleine Bauer muß durch neue Beiträge jetzt büßen, was die hohen Herren gefündigt haben!

### Die oberschlesische Theaterfrage.

Im preußischen Kultusministerium stand unter Leitung von Dr. Selich und unter Hinzuziehung des Intendanten Tietjen sowie weiterer Sachverständiger eine Besprechung über die Theaterschaffnisse in Oberschlesien statt, an der als Beteileter die Stadt Beuthen-Stadtverordnetenmeister Baumhauer, Dr. Golditz teilnahmen. Die Städte hatten den Etat eines Drei-Städte-Theaters zusammenge stellt, der der Leitung vorgelegt wurde. Nach Prüfung erklärte sich die Staatsregierung bereit, einen Zuschuß von etwa 70 000 Mark für das Drei-Städte-Theater zu geben. Der Rest wird von den drei beteiligten Städten und der Provinz aufzubringen sein. Nach längeren Verhandlungen erklärte Bürgermeister Dr. Golditz-Gleiwitz, die drei Städte und die Provinz würden zur Tragung von 150 000 Mark für das gemeinsame Theater bereit sein, unter der Voraussetzung, daß seitens des Ministeriums der Beitrag von 100 000 Mark für das Drei-Städte-Theater zur Verfügung gestellt wird. Dr. Selich stellte in Aussicht, daß er für die vorgeschlagene Summe einzutreten würde und sprach die bestimzte Erwartung aus, daß auch die 100 000 Mark bewilligt werden würden. Es wurde hierauf seitens des Ministeriums und der preußischen Landestheater Herr Horwitz als Intendant für das Drei-Städte-Theater Oberschlesiens vorgeschlagen und den beteiligten Persönlichkeiten vorgestellt.

Reisse. 3 Kilometer Asphaltbaussee erbaut der Landkreis Reisse nach in diesem Jahre, und zwar 1 Kilometer auf der Strecke nach Mühlberg zwischen dem Jerusalemer Tor in Reisse und Heidersdorf, zirka 1 Kilometer auf der Strecke Reisse-Ottmachau zwischen Jerusalemer Tor und dem sogenannten Eisfellerberge und 1 Kilometer auf der Strecke Reisse-Großau zwischen Mährenwalde und dem Kapellenberge. Mit dem Bau der erstmals genannten Straße ist bereits begonnen worden. Der Bau als Probebau für die Errichtung von Automobilstraßen geplant. Neben der Asphaltstraße wird ein eingefahrtiger Fußgängerbau angelegt. — Für die Fuhrwerke und Automobile wird dies eine große Erleichterung bedeuten, um die von Reisse aus zum Teil sehr stark ansteigenden Straßen zu passieren, und werden die neuen Fahrwege von dem zum Teil äußerst miserablen Straßenpflaster von Reisse-Stadt stark abheben. — Der Bau ist auch ein Beweis, daß der Landkreis Reisse im Gegenzug zum Stadtkreis recht kapitalstark ist. Hoffen wir, daß auch in Reisse einmal die Zeit kommt, daß Fußgänger und Pferde sich in ihren Mauern nicht mehr die Knödel zu drehen brauchen!

Neustadt OS. Alle Parteigenossen und Genossinnen, die innerhalb der 15-Kilometer-Zone von der tschechischen Grenze wohnen, und an dem Arbeitertag in Troppau teilnehmen wollen, werden erzählt, sich vor der örtlichen Polizeidirektion einen Grenzüberschreitungschein ausstellen zu lassen, der Kostenpunkt ist 1 Mark. Ferner geht von Jägerndorf am 28. Juni, 7½ Uhr, ein Extrazug ab. Alle Teilnehmer, die Jägerndorf berühren sollen nur bis dort Fahrtkarten, um dann den Extrazug zu benutzen. Die eine Prozentige Preiserhöhung vorsieht. Alle Ortsgruppen haben an den Genossen Stefan Titz, Troppau, sofort die Zahl der Teilnehmer zu überweisen.

### Amtliche Devisentafel der Berliner Börse

	von 22. Juni.
1 Pfund Sterling	20,394
1 Dollar	4,195
100 Holl. Gulden	168,54
100 Belg. Francs	19,41
100 nord. Kronen	7,21
100 Danzig. Gulden	81,01
100 Livre	15,69
50 dän. Kronen	89,70

### Vorläufige Anzeige!

## Nur Sommer-Ausverkauf

Beginn: Freitag, den 26. Juni

Beachten Sie die

reiseflustr. Ausverkaufs-Preisliste

welche der

Donnerstag-Kummer beilegt

Leinenhaus BIELSKOWSKY

Postfach 7476

Breslau

Ecke Norrmstraße

